



EINLADUNG ZUR ONLINE- DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 24. OKTOBER 2020

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

ZEIT UND ORT

Samstag, 24. Oktober 2020, 11.00 Uhr bis ca. 14.00 Uhr
Online per Videocall

KONTAKT

Medien: Urs Scheuss, Stv. Generalsekretär GRÜNE Schweiz, 078 795 91 83
Organisation: Maja Haus, Verantwortliche Parteigremien GRÜNE Schweiz, 077 445 43 63

TEILNAHME

Die von den Kantonalparteien angemeldeten Delegierten und die Delegierten von Amtes wegen werden direkt über die Modalitäten zur Teilnahme an der Delegiertenversammlung informiert.

Interessierte Zuschauer*innen finden den Link zum Videocall am Versammlungstag auf der Website der GRÜNEN Schweiz unter <https://gruene.ch/event/delegiertenversammlung-4>.

WAHLEN

Die Wahlen für die European Greens und für die Global Greens werden schriftlich per Brief durchgeführt. Die Delegierten werden direkt über die Modalitäten und das Wahlverfahren informiert.

ANTRÄGE

Aus organisatorischen Gründen müssen Anträge zu den Traktanden bereits im Vorfeld der Delegiertenversammlung an maja.haus@gruene.ch geschickt werden. Frist: Donnerstag, 22. Oktober 2020, 9.00 Uhr.

TRAKTANDEN

11:00 **Begrüssung und Hinweise zur Delegiertenversammlung**

11:05 **Grussbotschaft**

Kilian Baumann (Nationalrat BE, Biobauer)

11:15 **Präsidialrede**

Balthasar Glättli (Präsident GRÜNE Schweiz, Nationalrat ZH)

11:30 **Schwerpunktthema Landwirtschaft**

Regula Rytz (Nationalrätin BE)

- Politische Einordnung
Adèle Thorens (Ständerätin VD)
Kilian Baumann (Nationalrat BE, Biobauer)
- Resolution Land- und Ernährungswirtschaft
Dominik Waser (Geschäftsleitung Junge Grüne)
- Initiative 'Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide'
Céline Vara (Ständerätin NE)
- Initiative 'Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung
– Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz'
Regula Rytz (Nationalrätin BE)
- Referendum 'Stop Palmöl'
Nicolas Walder (Vize-Präsident GRÜNE Schweiz,
Nationalrat GE)

12:30 **Mittagspause**

13:00 **Eidg. Abstimmungen vom 29. November 2020**

- Kriegsgeschäfte-Initiative
Céline Vara (Ständerätin NE)
Julia Küng (Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz)
- Konzernverantwortungsinitiative
Lisa Mazzone (Ständerätin GE)

13:30 **Informationen aus der Fraktion**

Aline Trede (Nationalrätin BE, Fraktionspräsidentin)

Beilagen

[Resolution](#)

[Antrag](#)

[Antrag](#)

[Antrag](#)

Abstimmungs-
dossier

13:40	Statuarisches	
	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl Delegierte European Greens und Global Greens: Bekanntgabe der Resultate der schriftlichen Wahl • Protokoll der Delegiertenversammlung vom 15. August 2020 	Informationen zur Wahl Protokoll
13:50	Varia	
	<ul style="list-style-type: none"> • Information weiteres Vorgehen Klimaplan 	
14:00	Ende	

RESOLUTION LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

FÜR GESUNDE LEBENSMITTEL AUS UMWELTFREUNDLICHER UND REGIONALER PRODUKTION ZU FAIREN PREISEN

In den nächsten Jahren werden die agrarpolitischen Weichen neu gestellt. Pestizide, Überdüngung und Massentierhaltung haben die Ernährungswirtschaft in eine Sackgasse geführt. Anstatt die dringenden Reformen anzupacken, blockieren die bürgerlichen Parteien im Parlament die nötigen Verbesserungen. Sie wollen die Beratung der künftigen Agrarpolitik (AP22+) sistieren. Und sie bekämpfen die beiden Volksinitiativen «zum Schutz des Trinkwassers» und «Leben statt Gift» mit einem unverbindlichen, «informellen» Gegenvorschlag. Wir GRÜNE lassen uns nicht mit Alibi-Übungen abspeisen und engagieren uns für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft. Es braucht rasche Antworten auf die globale Klimakrise und auf die Bedrohung der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen. Diese Antworten sollen auch den Bäuerinnen und Bauern neue Perspektiven bringen.

Im Herbst 2018 wurde über die «Fair-Food-Initiative» der GRÜNEN abgestimmt. Sie wollte Erzeugung, Verarbeitung, Handel und Konsum von Lebensmitteln an Nachhaltigkeitszielen ausrichten. Würde die Initiative heute zur Abstimmung kommen, wären ihre Chancen gross. Dank den Klimastreikbewegung ist das Bewusstsein weiter gewachsen, dass es einen Kurswechsel braucht. Die zerstörerischen Folgen der chemie- und energiebasierten Intensiv-Landwirtschaft lassen sich nicht mehr unter den Tisch wischen. Nur ein konsequenter Arten-, Klima-, Boden- und Gewässerschutz kann die Ernährung der Weltbevölkerung sicherstellen. Die Umstellung unserer Lebensmittelproduktion und Ernährung leistet auch einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die Klimakrise. Ein Drittel der konsumbedingten Umweltbelastung entsteht mit unserer Ernährung.¹

Die grüne Reformagenda für die Land- und Ernährungswirtschaft 2021 setzt folgende Schwerpunkte:

- **Erhalt und Regeneration der natürlichen Ernährungsgrundlagen:** Der ganzheitliche Schutz und der Wiederaufbau der Ökosysteme sind für die GRÜNEN zentrale Pfeiler einer ökologischen Landwirtschaft. Nur durch intakte, gesunde und artenreiche Landschaften und Böden kann die landwirtschaftliche Produktion langfristig sichergestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Schweiz den Einsatz von synthetischen Pestiziden und Düngemitteln rasch senken, die Nährstoffkreisläufe schliessen und den Klimawandel bekämpfen. Dazu braucht es verbindliche Absenkpfade und Lenkungsabgaben, auch für synthetische Dünger und Tierfutterimporte. Durch die Durchsetzung des «Feed-No-Food» und des «Nose-to-Tail»-Prinzips werden die Tierbestände in der Schweiz auf ein klimaverträgliches Mass reduziert. Die Produktion erneuerbarer Energie (Solardächer und Biogasanlagen) und natürliche Kohlestoffsinken (Humusaufbau) bringen den Bäuerinnen und Bauern neue Einkommensmöglichkeiten und dem Klima ein besseres Gleichgewicht.

¹ Das NFP 69 stellte fest, dass «in der Schweiz rund ein Drittel aller Umweltauswirkungen auf die Land- und Ernährungswirtschaft zurückzuführen ist. Bei einem Anteil von knapp 6% der Bruttowertschöpfung bedeutet dies, dass der Sektor überproportional zur Umweltbelastung beiträgt.»

- **Kulturlandschutz durch griffige Raumplanung:** Eine produzierende Landwirtschaft braucht ausreichend fruchtbare Bodenflächen. Wir dürfen nicht noch mehr wertvolles Kulturland verlieren. Dazu braucht es in den nächsten Jahren eine konsequente Umsetzung des Raumplanungsgesetzes und eine Siedlungsentwicklung nach innen. Ausserhalb der Bauzonen dürfen keine Wohnsiedlungen entstehen. Stattdessen sollen nachhaltige Quartiere und bezahlbarer Wohnraum in den Städten gefördert werden.
- **Faire Preise für eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft:** Auch in der Schweiz führen Marktöffnungen und steigender Preisdruck zu einer Intensivierung der Produktion - mit entsprechend negativen Folgen für die Umwelt und das Tierwohl. Dieser Trend muss gebrochen werden. Um den Landwirten und Bäuerinnen eine Perspektive zu geben, ist eine bessere soziale Absicherung und mehr Schutz vor Dumpingpreisen nötig. Dazu braucht es Transparenz über die Preise und Margen in der gesamten Wertschöpfungskette, verbindliche Branchen-Kodices und Ombudsstellen. Im Rahmen der AP22+ sollen zudem Direktvermarktung und regionale Lebensmittelnetzwerke stärker unterstützt werden. Bäuerliche Arbeit braucht mehr Wertschätzung!
- **Fairer Handel statt Freihandel:** Mit der «Fair-Food-Initiative» haben die GRÜNEN eine innovative Lösung für fairen Handel auf den Tisch gelegt. Ein Teil davon ist mit dem neuen Verfassungsartikel 104a «Ernährungssicherheit» in die Bundesverfassung aufgenommen worden. Ein neues Handelsgesetz muss den Verfassungsauftrag nun umsetzen. Auch ausserhalb von Freihandelsabkommen sind soziale und ökologische Mindeststandards für importierte Lebensmittel diskriminierungsfrei durchzusetzen.
- Eine **Vom-Hof-auf-den-Tisch-Strategie** soll Produktion und Konsum, Vorleistungen, Verarbeitung und Handel gleichermassen in die Pflicht nehmen. Begleitmassnahmen sorgen dafür, dass niemand zurückgelassen wird und dass die Strategie nicht durch den Import von nicht nachhaltigen Produkten untergraben wird. So schaffen wir – gleich wie dies der Europäische Green Deal will – den Rahmen für eine Transformation des Land- und Ernährungssystems, welche auch die Erreichung der Klimaziele unterstützt.
- **Kostenwahrheit und gesunde Ernährung für alle:** Für die GRÜNEN darf die Qualität unseres Essens keine Frage der Kaufkraft sein. Billigkalorien mit hohen ökologischen Folgekosten können nicht länger zur Korrektur einer verfehlten Sozial- und Bodenpolitik missbraucht werden. Vielmehr müssen Bedingungen geschaffen werden, damit sozial, umwelt- und tierfreundlich produzierte Lebensmittel für alle selbstverständlich und erschwinglich sind. Lenkungsabgaben, differenzierte Mehrwertsteuersätze, Grenzschutzmassnahmen für nachhaltige Produkte und Direktzahlungen setzen die richtigen Anreize.
- **Food Waste minimieren:** Ein wichtiger Schritt zur Senkung der Lebensmittelkosten, aber auch zur Verminderung des ökologischen Fussabdrucks ist die Minimierung von Lebensmittelverlusten. Food Waste soll bis 2030 um 70 Prozent reduziert werden. Durch gezielte Preisanreize und eine Mehrwertsteuerbefreiung sollen gesunde und unverarbeitete Lebensmittel wie Obst und Gemüse gefördert werden. Ungesunde Produkte wie Zucker oder gesättigte Fettsäuren sollen höher besteuert werden.

- **Wissen, was wir essen:** Das Wissen über ein nachhaltiges Ernährungssystem soll in Schule und Ausbildung gezielt gefördert werden. Damit sich die Konsument*innen für nachhaltige Produkte entscheiden können, muss zudem die Deklaration von Lebensmitteln verbessert werden. Handlungsbedarf besteht vor allem bei verarbeiteten Lebensmitteln. Die Digitalisierung soll Transparenz über Herkunft, Produktionsweisen und Margen der einzelnen Rohstoffe und die Lieferketten schaffen. Weiter sind die Umweltauswirkung (Anbau, Transport) sowie die Folgen für die menschliche Gesundheit bei allen Produkten zu deklarieren.
- **Ernährungssouveränität statt Konzernmacht:** Der Welthandel und die Produktion von Nahrungsmitteln werden heute von wenigen, profitorientierten Grosskonzernen gesteuert. Durch den Ausbau der öffentlichen Forschung im Bereich Züchtungen und Pflanzenschutz und mit einer öffentlichen Saatgutdatenbank soll die Ernährungssouveränität gestärkt werden. Um den globalen Giftkreislauf zu stoppen, sind grenzüberschreitende Spielregeln nötig: In der Schweiz nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel werden auch für importierte Lebensmittel ausgeschlossen. Gleichzeitig dürfen in der Schweiz verbotene Pestizide nicht in andere Länder exportiert werden.² Die Konzernverantwortungsinitiative sorgt dafür, dass Schweizer Konzerne im Ausland Sozial- und Umweltstandards einhalten. Zudem muss das Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft verlängert werden, denn die Gentechnologie birgt unkontrollierbare Risiken und stärkt die Macht der multinationalen Konzerne. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Koexistenz ist in der kleinräumigen Schweiz nicht umsetzbar.
- **Innovation:** Der Bund fördert die Weiterentwicklung von Landwirtschaft und Ernährung und richtet die Forschung, Bildung und Beratung entsprechend aus. Er schafft und unterstützt zudem Direktvermarktungs-Plattformen entlang der Wertschöpfungsketten und Innovationsnetzwerke. Mit Zielvereinbarungen nimmt er die Branchen-, Label- und anderen Organisationen in Pflicht und stärkt damit die Selbstverantwortung innerhalb der Branche.

Die Delegiertenversammlung der GRÜNEN bekräftigt ihr jahrzehntelanges Engagement für eine bäuerliche, soziale sowie umwelt- und tierfreundliche Ernährungswirtschaft entlang der globalen Wertschöpfungskette. Weil die dringenden Agrarreformen in der nationalen Politik blockiert sind, können nur die Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen den Wandel beschleunigen. Die Grünen engagieren sich insbesondere für die Pestizid-Initiative, da diese auch die Importe regelt und Wettbewerbsgleichheit schafft. Gemeinsam wollen wir die aktuelle Blockade der rechten Agrarkreise, der Agrarkonzerne und der Lebensmittelindustrie überwinden und neue, zukunftsorientierte Bündnisse schaffen.

² <https://www.publiceye.ch/de/themen/pestizide/verbotene-pestizide-eu/schweiz>

PAROLENFASSUNGEN

Die Fraktion und die Geschäftsleitung empfehlen einstimmig folgende Parolen:	
Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»	Ja (Annahme der Initiative)
Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»	Ja (Annahme der Initiative; DV hat bereits am 28.10.2017 Unterstützung der Initiative beschlossen)
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien	Nein (Ablehnung des Abkommens)

VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE SCHWEIZ OHNE SYNTHETISCHE PESTIZIDE»

Inhalt

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden.

Parolen-Empfehlung der Fraktion und der Geschäftsleitung

Ja (Annahme der Initiative ohne Gegenstimme)

Grüne Hauptargumente

- Für den Schutz der Biodiversität und eine gesunde Umwelt: Eine hochwertige Boden-, Wald-, Luft- und Wasserqualität bildet die Grundlage für unsere Gesundheit und die Artenvielfalt. Das labile Ökosystem muss vor Übernutzung und Gefährdung geschützt werden. Dank der GRÜNEN wurde eine nationale Biodiversitätsstrategie entwickelt. Doch die akute Bedrohung der Artenvielfalt kann nur gestoppt werden, wenn den Worten auch Taten folgen. Hier gibt es empfindliche Lücken. Insbesondere bezüglich des Umgangs mit Pflanzenschutzmitteln: Jedes Jahr werden in der Schweiz mehr als 2000 Tonnen Pflanzenschutzmittel (PSM) verkauft. Die Folgen sind verheerend: Terrestrische Organismen, darunter auch viele Agrarnützlinge, werden durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln geschädigt. Die Zahlen zum Rückgang der Artenvielfalt und der Biodiversität sind alarmierend. In den Oberflächengewässer und dem Grundwasser hat sich ein gefährlicher Cocktail aus verschiedenen Wirkstoffen angesammelt, deren Effekte sich gegenseitig beeinflussen und verstärken können. Über das Trinkwasser, das in der Schweiz grösstenteils aus Grundwasser gewonnen wird, sowie über Rückstände in Nahrungsmitteln gerät auch die Bevölkerung damit in Kontakt. Die Wirkstoffe sind teilweise stark gesundheitsgefährdend.

- Es braucht eine Trendwende in der Pestizidpolitik der Schweiz: Die Schweiz ist bei der Reduktion des Pestizideinsatzes im internationalen Vergleich bestenfalls noch Mittelklasse. Die Europäische Union hat den Handlungsbedarf bereits erkannt und sich selbst eine Reduktion des Pestizideinsatzes verordnet. In den EU-Ländern wird mittlerweile die Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Pflanzenschutzmitteln umgesetzt und es werden nationale Aktionspläne zur Pestizidreduktion realisiert. Die Grünen unterstützen daher den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel (NAP) des Bundes. Der vorliegende NAP ist aber lediglich ein kleiner und zaghafter Schritt und weit davon entfernt eine Trendwende herbeizuführen. Auch der «informelle» Gegenvorschlag, die parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren», ist ungenügend und in keiner Weise eine Antwort auf die Initiative.
- In zehn Jahren pestizidfrei: Die zehnjährige Übergangsfrist der Initiative ermöglicht eine schrittweise Umstellung und verschafft den einzelnen Akteuren, Wiederverkäufer*innen, Gemeinden, Institutionen und dem ganzen Staat genügend Zeit, um die notwendigen Massnahmen für einen Verzicht auf synthetische Pestizide zu ergreifen. Diese zehn Jahre müssen aber auch dazu genutzt werden, die landwirtschaftliche Forschung mit den nötigen Finanzen auszustatten, um eine Landwirtschaft zu entwickeln, die mehr Rücksicht nimmt auf die Biodiversität und die menschliche Gesundheit. Das Ziel besteht darin, dass keine giftigen Lebensmittel mehr auf unsere Teller gelangen.

Weitere Informationen

- Initiativtext: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
- Abstimmung in den Räten: [Nationalrat](#), [Ständerat](#)
- Curia Vista: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)

WIRTSCHAFTSABKOMMEN ZWISCHEN DEN EFTA-STAATEN UND INDONESIEN

Inhalt

Das Abkommen sieht den weitgehenden Abbau der Zölle vor und enthält weitere Bestimmungen etwa zu Investitionen, zum Schutz des geistigen Eigentums, zum Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse sowie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Das Abkommen enthält zwar als Neuerung gegenüber anderen Handelsabkommen allgemeine Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung.³ Allerdings fehlen verbindliche Regeln für nachhaltiges Palmöl. Konkret verlangte eine von den GRÜNEN mitgetragene Minderheit im Nationalrat, dass nur nachhaltiges Palmöl Zollpräferenzen erhält und die Nachhaltigkeit kontrolliert wird. Diese Minderheit wurde abgelehnt.

Parolen-Empfehlung der Fraktion und der Geschäftsleitung

Nein (Ablehnung des Abkommens ohne Gegenstimme)

³ Dies ist der Grund, weshalb das Abkommen dem fakultativen Referendum unterstellt wurde, denn gemäss geltender Praxis werden Handelsabkommen nur dem fakultativen Referendum unterstellt, wenn sie wesentliche Neuerungen gegenüber bereits beschlossenen Abkommen enthalten.

Grüne Hauptargumente

- Kein Handel auf Kosten von Mensch und Umwelt: Die Steigerung der Palmölimporte in die Schweiz kommt weder der lokalen Landwirtschaft zugute, die unter unlauterem Wettbewerb in sozialer und ökologischer Hinsicht leidet, noch den Konsument*innen, die nach nachhaltigen Produkten streben. Im Gegenteil, sie schreibt einen Handel fort, der die Umwelt, den Regenwald und die lokale Bevölkerung, deren Rechte regelmässig verletzt werden, schädigt.
- Nachhaltigkeit muss verbindlich gewährleistet sein: Das Kapitel über nachhaltige Entwicklung sieht auf dem Papier schön aus, bietet aber keine Garantien: Die verwendeten Zertifizierungen werden stark kritisiert, und es gibt weder Kontrollen noch Sanktionen. Auch ist dieses Kapitel von der Schiedsgerichtsordnung ausgenommen.
- Fairen Handel stärken: Sehr bald werden wir uns auch mit dem Handelsabkommen mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur auseinandersetzen müssen. Es ist richtig und strategisch wichtig, mit der Ablehnung des Indonesien-Abkommens den Druck für fairere und gerechtere Abkommen aufrecht zu erhalten, den die GRÜNEN dank der Fair-Food-Initiative aufbauen konnten. Die GRÜNEN haben bereits im August 2019 das Referendum gegen das Mercosur-Abkommen beschlossen, wenn dieses keine verbindliche Nachhaltigkeitskriterien enthält.⁴

Weitere Informationen

- Text des Abkommens: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
- Abstimmung in den Räten: [Nationalrat](#), [Ständerat](#)
- Curia Vista: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)

⁴ [gruene.ch/wirtschaft/internationaler-handel/resolution-mercotur](https://www.gruene.ch/wirtschaft/internationaler-handel/resolution-mercotur)

WAHL DER DELEGIERTEN DER GRÜNEN SCHWEIZ BEI DEN EUROPEAN GREENS UND DEN GLOBAL GREENS FÜR DIE PERIODE 2020-2022

INFORMATIONEN ZUR WAHL

Die Wahlen für die European Greens und für die Global Greens werden schriftlich per Brief durchgeführt. Für die European Greens werden insgesamt fünf Personen gewählt, für die Global Greens deren vier.

- Als gewählt für die European Greens gelten die vier Personen mit den meisten Stimmen, als Ersatzdelegierte*r gewählt wird der*die Fünftplatzierte.
- Als gewählt für die Global Greens gelten die drei Personen mit den meisten Stimmen, als Ersatzdelegierte*r gewählt wird der*die Viertplatzierte.
- Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Die gleiche Person kann gleichzeitig für die Delegation bei den European Greens und für die Delegation bei den Global Greens gewählt werden.

Urs Scheuss (Stv. Generalsekretär) und Maja Haus (Verantwortliche Parteigremien) amtieren als Stimmzähler*innen.

KANDIDATUREN

European Greens

- Katharina Bruno-Takur
- Noemi Buzzi
- Sandra Feroletto
- Anna-Lynn Fromer
- Claude Nicole Grin
- Cynthia Illi
- Francine John
- Ximena Kaiser Morris
- Anne-Laure Métraux-Botteron
- Sylvain Nicolay
- Dorota Retelska
- Jean Rossiaud
- Denis Ruyschaert
- Regula Rytz
- Thomas Schwager
- Adrian Tanner
- Yannick Zryd
- Melinda Zufferey-Merminod

Global Greens

- Noemi Buzzi
- Danielle Cesarov-Zaugg
- Sandra Feroletto
- Cynthia Illi
- Francine John
- Anne-Laure Métraux-Botteron
- Dorota Retelska
- Jean Rossiaud
- Denis Ruysschaert
- Thomas Schwager
- Adrian Tanner

WAHLEMPFEHLUNG DER GESCHÄFTSLEITUNG

Die Geschäftsleitung empfiehlt als Delegierte bei den European Greens

- Cynthia Illi
- Ximena Kaiser Morris
- Regula Rytz
- Yannick Zryd
- Adrian Tanner (als Ersatzdelegierter)

Die Geschäftsleitung empfiehlt als Delegierte bei den Global Greens

- Noemi Buzzi
- Francine John
- Thomas Schwager
- Sandra Feroletto (als Ersatzdelegierte)

Bei den Empfehlungen für beide Delegationen wurden die folgenden Kriterien berücksichtigt:

- Mindestens gleich viele Frauen* wie Männer
- Eine junggrüne Person
- Mindestens je eine deutschsprachige und eine französischsprachige Person
- Eine Person, die das Amt bereits ausgeübt hat oder die aufgrund anderer politischer Tätigkeiten über Kontakte zu GRÜNEN aus anderen Staaten verfügt
- Gute Englischkenntnisse sind obligatorisch